

P R O T O K O L L
der 403. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 22. Oktober 2019
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Kohler Andreas
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Grubwinkler Christa, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Lütolf Roland, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Slongo-Millioud Anne-Claude, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Brunner Joe, von Gunten Adrian
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Wegmüller Beat
Sekretärin	Bühler Corina, Gemeindeschreiberin-Stv.
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter (zu Trakt. 2)
Entschuldigt abwesend	GGR: Bärtschi Annik, Corti Andrea, Siegenthaler Muinde Gabriele GR: Pedinelli Stotz Daniela Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Protokoll	Koch Anni (ehemalige Gemeindeschreiberin-Stv.)

Geschäfte 8

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokoll der Sitzung vom 17. September 2019 | 394 |
| 2. | Finanzen | 395 |
| | A) Genehmigung des Investitionsplans 2019 - 2024 | |
| | B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2020 zuhanden der Stimmberechtigten | |
| | C) Genehmigung der Besoldungsanpassungen 2020 | |
| | D) Kenntnisnahme des Finanzplans 2019 – 2024 | |
| | E) Abschreibung der Motion FDP.Die Liberalen betreffend eine massvolle Steuersenkung | |
| 3. | Elfenaustrasse, Sanierung (zwischen Belpstrasse und Mettlengässli); Abrechnung Verpflichtungskredit | 413 |
| 4. | Seidenberggässchen, Sanierung (zwischen RBS-Bahnübergang und Füllerichstrasse); Abrechnung Verpflichtungskredit | 413 |
| 5. | Rahmenkredit Strassen für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2017/2018; Abrechnung | 414 |
| 6. | Interpellation FDP-Fraktion betr. Qualität des Trinkwassers in der Gemeinde Muri bei Bern | 414 |
| 7. | Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen | 414 |
| 8. | Neue parlamentarische Vorstösse | 415 |

Der Vorsitzende: Ich begrüsse Sie zur 403. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ebenfalls begrüsse ich die Mitglieder des Gemeinderats und die Berichterstatter der Medien. Die Sitzung ist eröffnet. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Vizepräsidentin, Christa Grubwinkler, für die Leitung der letzten Parlamentssitzung.

Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend und wir sind somit beschlussfähig. Aus der Verwaltung ist Reto Rutschi, Finanzverwalter, zu Traktandum 2 anwesend.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1. Protokoll der Sitzung vom 17. September 2019

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2. Finanzen

- A) **Genehmigung des Investitionsplans 2019 - 2024**
- B) **Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2020 zuhanden der Stimmberechtigten**
- C) **Genehmigung der Besoldungsanpassungen 2020**
- D) **Kenntnisnahme des Finanzplans 2019 – 2024**
- E) **Abschreibung der Motion FDP.Die Liberalen betreffend eine massvolle Steuersenkung**

Der Vorsitzende: Ich verweise auf die vorliegenden Unterlagen. Am 1. Oktober 2019 hat eine Informationsveranstaltung stattgefunden. Diese ist von 11 Ratsmitgliedern besucht worden.

Zur Erteilung von Auskünften ist Finanzverwalter Reto Rutschi anwesend.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Christian Spycher: Die GPK hat an ihrer Sitzung die umfangreichen Unterlagen zu diesem Geschäft geprüft und detaillierte Fragen zum Investitionsplan 2019-2024, insbesondere zum Investitionsvolumen pro Jahr, und zum Selbstfinanzierungsgrad, Finanzverwalter Reto Rutschi und Thomas Hanke gestellt. Auch ist die vorgesehene Steuersenkung von 0,6 Steueranlagezehntel im Budget 2020 hinterfragt und analysiert worden. Zu den Detailangaben im Budget 2020 sind auch bei einzelnen Positionen Präzisierungen verlangt worden. Auf der Grundlage, dass die angenommenen nachhaltigen Steuermehereinnahmen CHF 1 bis 2 Mio. ausmachen werden und dass angespartes Polster – sprich Eigenkapital – vorhanden ist, konnte sich eine Minderheit der GPK nicht einigen, ob und in welchem Umfang sich dies niederlegen würde. Die politische Beurteilung delegiert die GPK an den Grossen Gemeinderat, insbesondere an die Fraktionen. Die GPK nimmt deshalb nicht Stellung zu Pro- und Kontra-Argumenten und haltet sich bewusst kurz. Sie bestätigt, dass die Unterlagen zu diesem Geschäft sehr sorgfältig und mit der nötigen Weitsicht erstellt worden sind und bedankt sich für diese Arbeit bei der Finanzverwaltung und beim Gemeinderat. Die GPK hat die Anträge A) Investitionsplan 2019-2024 und C) Genehmigung der Besoldungsanpassungen 2020 einstimmig beschlossen. Bei Antrag B) wird der gemeinderätliche Antrag mit 3:2 Stimmen unterstützt.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Thomas Hanke: Ich werde meine Ausführungen wie folgt gliedern: zum Budget, zum Finanzplan, zum Investitionsplan, gehe kurz auf die finanziellen Aussichten ein, ziehe ein Fazit und behalte mir vor, namens des Gemeinderats zu den angekündigten Anträgen noch Stellung zu beziehen, wenn sämtliche Anträge auf dem Tisch und strukturiert sind.

Zum Budget:

Zum fünften Mal nun schon legen wir Ihnen ein nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) erstelltes Budget vor. Für das Budget 2020 beantragen wir dem Parlament, zuhanden des Stimmvolkes eine Senkung der Steueranlage von 1,20 auf 1,14 Einheiten zu beschliessen. Mit dieser tieferen Steueranlage resultiert in der Erfolgsrechnung des allgemeinen Haushalts ein Aufwandüberschuss von CHF 616'500. Bei einem Umsatz von CHF 72 Mio. und unter Berücksichtigung der Planungsungenauigkeit kann daher auch mit der Steuersenkung beim Budget 2020 von einer erwarteten ausgeglichenen Rechnung gesprochen werden.

Es ist – nur nebenbei gesagt – bereits das sechste Mal in Folge, dass wir ein Budget mit einem – eben mit Blick auf das Gesamtvolumen von CHF 72 Mio. – geringen Aufwandüberschuss vorlegen können; und das eben erst noch mit einer tieferen Steueranlage. Mit Blick auf dieses Gesamtvolumen bezeichnen wir das Ergebnis als zufriedenstellend, zumal es auch auf einem stolzen Nettoinvestitionsvolumen basiert und nicht als Sparbudget bezeichnet werden kann. Gegenüber dem Budget 2019 – noch mit einer Anlage von 1,20 erstellt – ist Folgendes festzustellen:

- wir haben zwar eine "Schlechterstellung" von rund CHF 530'000 (im allgemeinen Haushalt)
- wir haben eine rote Null
- basieren die Nettoinvestitionen auf den Vorjahreswerten
- kalkulieren wir mit einem Fiskalmehrertrag von CHF 1,3 Mio., den wir als nachhaltig bezeichnen. Der Fiskalertrag hat auch negative Auswirkungen, indem die Rechnung für den Finanz- und Lastenausgleich um CHF 1,47 Mio. höher ist. Wir haben gerade anfangs Monat die Rechnung mit einem stolzen siebenstelligen Millionenbetrag erhalten, zahlbar innert 30 Tagen netto.
- der Personalaufwand ist etwas geringer
- wir haben einen erhöhten Sach- und Betriebsaufwand
- die Abschreibungen nehmen – auch wegen der Investitionstätigkeit – um rund CHF 300'000 zu.

Zur Erreichung des in den Augen der FIKO wie auch des Gemeinderats mehr als vertretbaren geringen Defizites wurde grosses Gewicht auf eine sorgfältige Budgetierung der Aufwand- und Ertragspositionen gelegt, was mit dem vorliegenden Resultat auch erreicht wurde.

Zum Finanzplan:

Der Finanzplan präsentiert *insgesamt* annähernd ausgeglichene Ergebnisse, in den Jahren 2021 und 2022 ausgeglichene Ergebnisse. Die durchschnittlichen Defizite 2021-2024 liegen bei 0,06 Steueranlagezehntel. Bei den Steuererträgen haben wir die Änderungen der kantonalen Steuergesetze berücksichtigt, auch wenn der Grosse Rat im November dann etwas darüber debattieren darf. Nicht berücksichtigt wurden die Auswirkungen der eidgenössischen STAF-Vorlage. Grundsätzlich werden wir einen leichten Rückgang des Bilanzüberschusses und der finanzpolitischen Reserve haben, jedoch erhalten wir aus den Übertragungen der Neubewertungsreserven ab 2022 noch quasi Steueranlagezehntel, im Jahr 2024 sind dies CHF 41 Mio., nach heutiger Berechnung 11 Steueranlagezehntel.

Bei den Finanzkennzahlen wird u.a. im Jahr 2020 der Selbstfinanzierungsgrad mit knapp 40 % prognostiziert. Dass dies mittelfristig zu einer Neuverschuldung führen kann, ist dem Gemeinderat bewusst und er wird dazu dem GGR in einer der kommenden Sitzungen seine Überlegungen zu einer "stimmigen" Verschuldung offenlegen. Für das Jahr 2020 sieht der Gemeinderat auch davon ab, Investitionen zurückzustellen.

Es sei an dieser Stelle nochmals betont, dass der Gemeinderat wirklich dazu steht, dass er es als seine Aufgabe ansieht, in Kenntnis der noch offenen Konsequenzen des STAF-Projektes des Bundes und allenfalls anderer geänderter Eckwerte dem Parlament oder allenfalls dem Stimmvolk ausgewogene Budgetvorlagen zu unterbreiten.

Zum Investitionsplan 2019 – 2024:

Die Investitionsrechnung sieht für das kommende Jahr Nettoausgaben im Umfang von CHF 8,3 Mio. vor, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch das finanzkompetente Organ. Im ganzen Investitionsplan-Betrachtungssperimeter bleiben wir in

etwa bei den CHF 54 Mio., mit einem Durchschnitt von CHF 9 Mio. Wir haben die Investitionsspitze – was nicht unüblich ist – in ca. 2 Jahren und je näher wir 2021 kommen, desto mehr verlagert sie sich nach hinten. Grosse anstehende "Brocken" sind die Schulanlage Melchenbühl, die Sporthalle Moos, das Gemeindehaus und später die Schulanlage Seidenberg. Die wichtigsten Abweichungen gegenüber dem letztjährigen Investitionsplan sind im Dokument auf Seite 2 in Ziff. 3 aufgelistet. Zudem ist aus dem Investitionsplan ein klares Bekenntnis zur Werterhaltung bzw. Wertvermehrung unserer Schulliegenschaften ersichtlich. Der Gemeinderat gibt mit dem Investitionsplan auch sein Bekenntnis ab, dass die Gemeinde in der Regel jährlich – soweit die Finanzierung gesichert ist – durchschnittlich über CHF 8 Mio. investieren soll, um ihre Attraktivität halten zu können.

Finanzielle Aussichten:

Die Finanzplanung zeigt eine stabile Entwicklung des Finanzhaushaltes in den kommenden Jahren. So erwarten wir finanzplanmässig ab 2020 bei gleichbleibender Steueranlage kleine Überdeckungen von durchschnittlich 0,1 Steueranlagezehnteln, was in einem absolut vertretbaren Streubereich liegt. Und auch die Rechnung 2019 wird – Stand heute – besser als mit dem budgetierten Defizit von CHF 86'700 im allgemeinen Haushalt abschliessen.

In einer Gesamtbetrachtung kann – Stand heute und aufgrund der Finanzplanung und verbunden mit einem Fragezeichen betreffend Auswirkungen der anstehenden Steuergesetzrevisionen – insgesamt festgehalten werden, dass wir in den kommenden Jahren mit ausgeglichenen Jahresrechnungen rechnen können. Zudem ist unser Eigenkapital mit rund 7 Steueranlagezehnteln gut dotiert. Ein Augenmerk wird der Gemeinderat auch weiterhin auf die zwei Aspekte tiefe Selbstfinanzierung und Anstieg der Schulden, wenn zu wenig cash flow vorhanden ist, richten.

Fazit:

Die Gemeinde Muri bei Bern darf weiterhin für sich in Anspruch nehmen, dass sie ihren Finanzhaushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit führt. Der Gemeinderat zeigt mit dem Budget 2020 und dem Investitionsplan 2019-2024 auf, dass auch in Zukunft alles daran gesetzt wird, damit die Gemeinde äusserst attraktiv bleibt, und das nicht nur bei der Steueranlage!

Ich möchte an dieser Stelle allen bestens danken, die an diesem Geschäft sehr produktiv mitgearbeitet haben und danke Euch für Eure Unterstützung unserer Anträge.

Der Vorsitzende: Die Eintretensfrage stellt sich bei diesem Geschäft nicht, da das Budget zwingend durch den GGR beraten werden muss.

Uns liegen bereits zwei angekündigte Anträge vor, einer des forums und einer der SP. Beide beinhalten eine Variantenabstimmung zuhanden der Stimmberechtigten. An dieser Stelle mache ich auf Art. 74 des Reglements über die politischen Rechte der Gemeinde Muri aufmerksam. Dieser lautet: "Ein Variantenvorschlag wird gleichzeitig mit dem Hauptantrag der Volksabstimmung unterbreitet." Das heisst, bei der Variantenabstimmung werden nicht zwei Varianten vorgelegt, sondern ein Hauptantrag und eine Variante. Ein Hauptantrag und 2 Varianten sind in Muri nicht möglich. Eine Variantenabstimmung über das Budget zuhanden der Stimmberechtigten ist möglich, wenn Hauptantrag und Variante eine veränderte Steueranlage beinhalten. Ich sehe vor, in der Abstimmung dem Hauptantrag "Vorschlag Gemeinderat" als Variantenvorschlag den Antrag forum bzw. den Antrag SP gegenüberzustellen, wobei vorab noch durch das Parlament entschieden werden muss, welche der beiden Varianten obsiegt. Zudem hat das Parlament auch zu entscheiden, ob überhaupt ein Variantenvorschlag dem Stimmvolk vorgelegt werden soll.

Zur Beratung schlage ich folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen zum Gesamtpaket, anschliessend Detailberatung in folgender Reihenfolge:

- A) Investitionsplan 2019 - 2024 kapitelweise
- B) Budget 2020 kapitelweise
- C) Besoldungsanpassungen
- D) Finanzplan 2019 - 2024
- E) Abschreibung Motion FDP

Über Ergänzungs- bzw. Abänderungsanträge stimmen wir direkt im entsprechenden Kapitel ab. Die Variantenanträge werden vor der Schlussabstimmung bereinigt. Danach findet die Schlussabstimmung zu den Dokumenten statt. Bereits jetzt informiere ich darüber, dass nach den gehaltenen Voten und Bekanntgabe des Abstimmungsprozederes eine Pause eingelegt wird.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Fraktionserklärungen:

Bernhard Häuselmann (forum): Falls es heute Abend zeitweise etwas unübersichtlich werden könnte, möchte ich deshalb vorweg schon klarstellen, dass auch das forum ein freigegebenes Budget möchte und den Budgetprozess unterstützt. Wir möchten aber zum Budget eine differenzierte Sichtweise zur Disposition bringen. Was steht zur Disposition? Heute Abend werden wir über verschiedene Sichtweisen und Anträge zum Budget abstimmen und das forum möchte mit seinem Antrag eine breitere Auseinandersetzung über die Steueranlage erreichen. Das forum möchte deshalb eine Variantenabstimmung und wer dem Antrag des forums zustimmt, bringt schlussendlich sowohl den Antrag des Gemeinderats als auch den Antrag des forums auf den Stimmzettel vors Volk. Damit verbunden ist auf diesem Stimmzettel auch eine Stichfrage, falls beide Varianten vom Volk befürwortet werden. Dass beide Varianten vom Volk abgelehnt werden und wir schlussendlich ohne freigegebenes Budget ins nächste Jahr starten müssten, erachten wir als sehr unwahrscheinlich.

Als genauso unwahrscheinlich erachten wir aber auch, dass für die grossen Herausforderungen beim Klima, bei der Energie und bei der Biodiversität nur marginale Mittel ausreichen. Wir möchten gezielt finanzielle Mittel bereitstellen, um bereits im Jahr 2020 für Massnahmen in diesen Bereichen vorspuren zu können und eine klare Vorstellung zu erhalten, was die Gemeinde Muri umsetzen soll für Klima, Energie und Biodiversität. Wieso sollte sich eine lokale Gemeinde mit globalen Fragen befassen? Der Künstler Carlo Lischetti pflegte jeweils mit Polo Hofer die Berner Altstadt unsicher zu machen. Einmal prägte er dabei das Zitat: "Am Anfang sind es immer wenige, die anfangen". Mit einem namhaften finanziellen Engagement in Sachen Klima, Energie und Biodiversität kann sich die Gemeinde Muri als "Zukunftslabor" positionieren. Es geht uns also um eine Starthilfe, von der wir als sensibilisierte Private, als innovative Unternehmer und als fortschrittliche Gemeinde einen Return on Investment erwarten können. Den besten ROI werden wir haben, wenn wir uns in diesen Mitteln nicht verzetteln, wenn wir "chlotze statt schmürzele".

Wo wollen wir klotzen? Konkret wollen wir im Budget 2020 den Budgetposten 7790 mit zusätzlichen CHF 400'000 dotieren. Damit lassen sich externe Experten finanzieren, welche im Jahr 2020 gezielt Massnahmen für die Folgejahre entwickeln sollen. Damit lassen sich auch personelle Ressourcen innerhalb der Gemeinde finanzieren, welche diesen Prozess steuern und führen.

Konkret wollen wir im Jahr 2020

- Eine Vorstudie zu einem Solarenergie-Verbund
- Eine Machbarkeitsstudie zur Wasserstoff-Mobilität
- Partizipative Verfahren mit den Bürgern und dem Gewerbe, um weitere Handlungsfelder zu entwickeln.

Später, wenn konkrete Massnahmen aus dem Prozess im Jahr 2020 vorliegen, sollen diese ab 2021 umgesetzt werden und dafür soll die Gemeinde mindestens 1 % ihrer Ausgaben oder mindestens CHF 700'000 für diese Massnahmen einsetzen. Dieser Betrag ist in unseren Augen sowohl substantiell als auch realistisch. Mit realistisch meine ich, dass dieses Budget auch gezielt ausgegeben werden kann und nicht etwa neue Steuerüberschüsse generiert. Würden wir nur über Motionen agieren, würden wir tendenziell mehr "schmürzele statt chlotze". Heute Abend könnt ihr Euch – liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen – darum entspannt für den Antrag des forums entscheiden. Das Budget 2020 geht so oder so vors Volk. Mit dem Antrag des forums stellen wir den Stimmberechtigten auf dem Stimmzettel zur Disposition,

- entweder für den Budget-Antrag mit Steueranlage 1,14 und damit verbunden marginalen Beträgen für Klima, Energie und Biodiversität oder
- für den Budget-Antrag mit Steueranlage 1,19, also einer symbolischen Steuersenkung zugunsten von relevanten und substantiellen Beiträgen für konkrete Massnahmen von der Gemeinde Muri für die Gemeinde Muri in Sachen Klima, Energie und Biodiversität

zu stimmen. Dies versteht das forum

- unter "Think global, act local",
- unter "Enkeltauglichkeit",
- unter "Standortattraktivität" und
- unter "Wirtschafts- und Innovationsförderung".

Raphael Racine (SP): Die SP-Fraktion ist mit 99 % des Budgets einverstanden, nur mit der Steuersenkung auf 1,14 haben wir halt etwas Mühe. Aus unserer Sicht ist schon die wirtschaftliche Konjunktur zu unsicher. Der erste Satz bei den Konjunkturtendenzen des SECO dieses Herbstes lautet: "Die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft haben sich eingetrübt". Wir gehen deshalb davon aus, dass der Ertragsüberschuss unserer Gemeinde nicht nachhaltig ist, sondern nur von kurzer Dauer. Mit einer Steuersenkung jetzt und heute riskieren wir eine sogenannte Hüst- und Hott-Politik, da wir sehr wahrscheinlich in 2 bis 3 Jahren die Steuern wieder werden erhöhen müssen. Wie schwierig es ist, die Steuern wieder zu erhöhen, wenn man sie einmal gesenkt hat, ist anhand der Abstimmung 2013 ersichtlich, als gerade mal 53 % der Stimmbevölkerung einer Steuererhöhung zugestimmt haben. Wir glauben weiter auch, dass es andere Unsicherheiten gibt. Eine Unsicherheit ist die Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF). Der Gemeinderat und wir alle wissen noch nicht, wie viele Millionen an Steuerausfällen die einzelnen Gemeinden schlussendlich haben werden. Dies ist eine unklare Position und wir sind der Meinung, wir sollten das Resultat zuerst abwarten.

Weitere Sorgenfalten hat die SP-Fraktion aufgrund der Schuldsituation der Gemeinde. Mit der neu vorgeschlagenen Steueranlage werden die Schulden bis 2024 auf CHF 51,6 Mio. ansteigen. Die SP-Fraktion ist der Meinung, der Gemeinderat habe sich einmal dazu verpflichtet, dass die Schulden nicht über CHF 50 Mio. ansteigen. Aber offenbar ist das Schuldenmachen wieder en vogue. In der Botschaft schreibt der Gemeinderat: *"Der Gemeinderat wird sich in nächster Zeit mit diesem Zielkonflikt (genügend Mittel für einen ausgeglichenen Haushalt, aber zu tiefe Selbstfinanzierung um einen Schuldenanstieg zu verhindern) noch eingehender beschäftigen"*. Die SP-Fraktion fordert, dass sich der Gemeinderat sofort damit beschäftigen muss.

Eine Steuersenkung wird zudem weiteren Druck auf die Mieten ausüben. Wir gehen nicht von einem Reihenghetto aus, aber manchmal entsteht schon der Eindruck, dass der eine oder andere in Muri-Gümligen froh darüber wäre, wenn wir eine sogenannte "Gated Community" hätten. Noch zur Makro- und Mikroökonomie: Wir machen hier mit einer Steuersenkung Makroökonomie; dies ist durchaus legitim. Aber die Mikroökonomie darf man auch nicht vergessen. *"Muri ist auch attraktiv wegen seiner Infrastruktur"*. Diesbezüglich muss ich darauf hinweisen, dass verschiedene Infrastrukturen, z.B. Spielplatzsituationen, alles andere als attraktiv sind. Nicht weit von dort wo ich wohne gibt es einen Spitalplatz. Seit 3/4 Jahren ist dort die Rutschbahn kaputt und offenbar verfügt unsere reiche Steuergemeinde nicht über das Geld, die Rutschbahn zu ersetzen.

Jetzt habe ich ein Plädoyer gegen die Steuersenkung gehalten. Auf der anderen Seite legt die SP einen Variantenantrag vor, der zweimal eine Steuersenkung vorsieht. Ich bin mir der Ambivalenz durchaus bewusst. Was wollen wir mit der von uns eingegebenen Steuersenkungs-Variante? Erstens möchten wir die Hand zum Kompromiss reichen. Wir wissen von der Konstellation her, dass der Rat auch kompromisslos die Steuersenkung durchbringen kann. Uns kommt aber der Steuerantrag 1,14 etwas "schräg" vor. Wir möchten zumindest eine Steueranlage, die eine schwarze Null budgetiert. Die jetzige Situation ist diejenige von "Vögeli friss oder stirb" und wir möchten am liebsten, dass dem Vögeli zwei verschiedene Kerne zum Probieren gegeben werden, also einmal 1,14 und einmal 1,17. Auch aus demokratiepolitischen Gründen ist es doch gut – da gehe ich mit meinem Vorredner einig –, wenn wir eine Variante haben und das Stimmvolk darüber entscheiden soll. Die Bürgerlichen sollten keine Angst vor einer solchen Variantenabstimmung haben und ihr ohne Probleme zustimmen können, da sie ja mit guten Argumenten für die Steueranlage 1,14 kämpfen.

Reto Lauper (SVP): Wir haben den Steuerzahlenden unserer Gemeinde anlässlich der letzten nötigen Steuererhöhung gesagt, dass wir uns zu einer flexiblen Steueranlage bekennen, sprich wir erhöhen die Steuern bei Bedarf, senken sie aber auch wieder, wenn es die Umstände erlauben. Genau diese Umstände sind nun wiederholt eingetroffen und es ist aus unserer bürgerlichen Sicht angebracht und mehr als korrekt, Wort zu halten. Wenn keine geplante Investition gestrichen oder verschoben werden muss, die grossen Investitionsbrocken gestemmt werden können, keine einzige Gemeindeaufgabe gestrichen werden muss und unsere Reserven doch recht voll sind, gibt es nur eines: Wir müssen Wort halten und die Steuern senken, die zu viel eingezogenen Gelder denjenigen wieder zurückgeben, die zu viel bezahlt haben. Eine rote Null ist budgetiert; unter den genannten Voraussetzungen und gestützt auf das Versprechen zum flexiblen Steuerfuss ist eine Anpassung nach unten zwingend nötig. Wir halten Wort, senken die Steuern mindestens einmal auf 1,14 und bejahen das vorgeschlagene Budget. 1,14 ist eigentlich bereits ein Kompromiss, der im Vorfeld getroffen wurde, um den politischen Diskussionen vorwegzukommen. Zeitweise stand sogar in Kommissionen 1,10 im Raum. 1,14 ist weitsichtig – Thomas Hanke sagte nachhaltig –, stemmbar und zeigt, dass in dieser Aula nicht nur Versprechen in Form von heisser Luft gemacht werden. 1,14 soll der Richtwert sein, mit dem in den nächsten Steuerjahren unsere Rechnung ausgeglichen abschliesst und mit dem auch das Budget auskommen sollte. Wir halten Wort, werden den gemeinderätlichen Vorschlag annehmen und bekennen uns zu diesem neuen Steuerfuss; es wäre schade, wenn man ihn begraben würde.

Ich möchte mich noch zu den Varianten äussern. Kann ich dies jetzt tun oder erst später?

Der Vorsitzende: Wir werden später dazu kommen.

Emanuel Zloczower (FDP): Im Namen der Fraktion FDP. Die Liberalen beziehe ich mich vorab auf unsere Motion vom Mai dieses Jahres, mit welcher der Gemeinderat beauftragt wurde, eine Steuersenkung vorzunehmen. Damit sollten die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde direkt von den Mehrerträgen aus den letzten Jahren profitieren können. Wir danken dem Gemeinderat, dass unser Anliegen mit der vorgeschlagenen Steuersenkung ernst genommen wurde. Unsere Fraktion wird die Anträge A, B und C, so wie sie vorliegen, genehmigen. Das heisst, wir werden dem Antrag des Gemeinderates folgen, die ordentliche Steueranlage neu auf das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitssätze festzulegen. Den Finanzplan nehmen wir dankend zur Kenntnis, so wie er vorliegt. Zum Antrag D), Abschreibung der Motion zu einer massvollen Steuersenkung, äussern wir uns gegebenenfalls später.

Im Vorfeld der heutigen Sitzung sind in geradezu operativer Hektik Anträge und Gegenanträge eingegangen. Immerhin scheinen alle Parteien in Muri-Gümligen der Meinung zu sein, dass keine Steuern auf Vorrat erhoben werden sollen. Das freut uns sehr. Damit könnten wir eigentlich zur Abstimmung gelangen. Trotzdem erlaube ich mir, zu den Variantenvorschlägen bereits jetzt im Rahmen der Fraktionserklärung Stellung zu nehmen.

Das Forum meint, dass die Gemeinde Muri-Gümligen angesichts der Herausforderungen, welche die Umweltverschmutzung und der Klimawandel uns stellen, zu wenig tue. Das Forum will uns deshalb eine unausgereifte Budgeterhöhung schmackhaft machen. Gemäss Antrag Forum soll der Budgetposten "Klima & Biodiversität" um einen Betrag von CHF 400'000 erhöht werden. Einfach so. Verstehen Sie mich nicht falsch, die FDP widersetzt sich nachhaltigen Massnahmen zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung und zur Förderung der Biodiversität nicht. Aber die FDP wünscht sich, dass die finanziellen Mittel, die wir von der Bevölkerung in Form von Steuern anvertraut erhalten, massvoll und nachhaltig eingesetzt werden. Unsere Ausgaben sollen dahingehend überprüft werden, ob die Ziele erreicht werden. Das soll transparent und nachvollziehbar sein und nicht in einem Schnellschuss, wie wir dies heute riskieren zu bekommen. Bereits in der Vergangenheit hat die Gemeinde Muri-Gümligen viel im Bereich Biodiversität und Umweltschutz unternommen. Man muss hierzu nur die Budgetposten Umweltschutz, Konti 7790 des Budgets, anschauen. Sicher kann noch mehr unternommen werden, aber bitte geplant, nachhaltig oder wie ich in letzter Zeit immer wieder gehört habe "enkeltauglich". Kurz: Das im Grundsatz nachvollziehbare Anliegen des Forums ist schlicht nicht ausgereift, weshalb die Fraktion FDP. Die Liberalen den Antrag nicht unterstützen wird.

Und auch dem Antrag der SP – der effektiv einen konstruktiven Kompromiss darstellt, den wir auch schätzen – wird sich die Fraktion FDP. Die Liberalen widersetzen. Wir sind der Meinung, dass bereits die vorgeschlagene Steueranlage von 1,14 ein Kompromiss ist und wir möchten nicht einen Kompromiss vom Kompromiss machen. Das Budget ist keine genaue Wissenschaft. Beim Budget geht man von Annahmen aus; es kann besser oder schlechter herauskommen. Es kann etwas weniger – oder mehr – investiert werden, aber nicht, weil man nicht will. Man sieht im Investitionsplan, dass investiert werden soll, aber dies ist auch von externen Faktoren abhängig, die die Gemeinde nicht direkt beeinflussen kann. Dies führt dazu, dass man am Ende eine schwarze oder eine rote Null haben wird. Dies allein rechtfertigt es aus unserer Sicht nicht, die vorgeschlagene Steuersenkung nicht anzunehmen. Die FDP steht dafür ein, dass wir nicht Steuern auf Vorrat einbringen sollen, wie auch von der SVP-Fraktion zu hören war. Wir setzen uns ein für eine flexible Steueranlage und sollte sich in Zukunft einmal zeigen, dass die Steuereinnahmen nicht ausreichend sind, um all die Aufgaben wie die Sanierungen der Schulhäuser, die Förderung der Bio-

diversität oder die Bekämpfung von Umweltverschmutzung zu bewältigen, dann wird sich auch die FDP dafür einsetzen, dass die Steueranlage bedarfsgerecht wieder erhöht wird. Aber eben erst dann, wenn es notwendig ist und nicht auf Vorrat.

Carole Klopstein (Grüne): Das Budget 2020 sowie die Steuersenkung auf 1,14 Steuerzehntel haben bei uns in der Fraktion viele Emotionen ausgelöst. Freude war nicht dabei. Als allererstes: Unsicherheit. Wieso sollten wir nach nur wenigen Jahren mit Überschüssen die erst gerade vor 6 Jahren beschlossene und knapp angenommene Steuererhöhung rückgängig machen? Stellt das die Gemeinde nicht vor ein Risiko? Schliesslich können wir nicht davon ausgehen, dass die Folgejahre genauso rosig ausfallen – wir haben nun schon diverse Erläuterungen zu diesem Thema gehört – und danach eine Steuererhöhung wieder angenommen wird, in Anbetracht des knappen Ergebnisses vor 6 Jahren. Ganz abgesehen davon, dass im Budget ein Haushaltsminus steht und zusätzlich Schulden aufgenommen werden müssen, sind wir der Meinung, dass die Gemeinde mehr für ihre Bewohnerinnen und Bewohner tun könnte, als dieses vermeintliche Steuergeschenk, das ja sowieso nur die oberen Einkommensschichten spüren. Dann würde vielleicht auch der von Thomas Hanke formulierte Wunsch in Erfüllung gehen, dass vermehrt wieder junge Familien zuziehen.

Wir waren verärgert. Verärgert, weil die Klimadebatte zwar endlich ins Rollen kommt und ausgerechnet dann, wenn die Gemeinde die Mittel dazu hätte, immer noch nichts dagegen unternommen wird. Das Energiestadtlabel dümpelt irgendwo zwischen 55 und 60 % vor sich hin, Initiativen zur Erhaltung der Biodiversität und zum Landschaftsschutz werden hauptsächlich durch private Vereine getragen und die Gemeinde hat gerade Mal eine Person angestellt, die sich all diesen Problemen – welche in Zukunft massiv zunehmen werden und heute auch schon bestehen – widmen kann. Wie soll so Klimaschutz betrieben werden? Klimaschutz, zu dem wohlgernekt ja gemäss Interviews und Wahlkampfaussagen auch die FDP steht. Es macht uns wirklich hässig, wie sämtliche Ideen um Bemühungen für mehr Umwelt- und Klimaschutz ständig mit dem Argument “die Initiative muss von den Bewohnerinnen und Bewohnern kommen” oder “die Gemeinde sieht sich hier nicht zuständig” abgetan werden. Der Klimaschutz ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wenn die Bevölkerung alleine nicht in der Lage ist, diesen aufgrund diffuser Interessen konsequent umzusetzen, müssen halt staatliche Institutionen ran. Und wir haben in den letzten 30 Jahren gesehen, dass ohne staatliche Unterstützung wenig passiert, da die Anreize fehlen.

Unverständnis war ebenfalls mit dabei. Die Gemeindeinfrastruktur ist noch nicht mal annähernd auf dem Stand, wie sie sein sollte und Projekte wie Solaranlagen (ja, das werdet Ihr von mir jedes Mal hören) werden bei jeder Gelegenheit sistiert. Das Personal könnte gewiss bessere Anstellungsbedingungen haben, beispielsweise auch in den Tagesschulen, wo befristete Verträge an der Tagesordnung stehen. Oder wie wäre es denn, wenn man jetzt schon die Besserstellung des gemeindeeigenen Personals und die damit angekündigte Überarbeitung des Personalreglements auch finanziell mit einplant? Oder ganz einfach mehr personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, damit angeplante Investitionen auch fristgerecht umgesetzt werden können? Der Investitionsstau findet seinen Ursprung sicherlich auch darin, dass es schlicht zu wenig Angestellte hat, die dies langfristig verfolgen können. Auch denken wir, dass die kulturellen Bemühungen der Gemeinde massgeblich daran beteiligt sind, dass Muri-Gümligen mehr oder weniger den Eindruck eines Schlafdorfs macht. Bürgerliche Gemeinden wie Aarberg zeigen, dass es eine Frage der Einstellung ist, wie belebt oder unbelebt eine Gemeinde ist. Uns scheint es je länger je mehr, dass die Gemeinde ein Minimum an Aufgaben wahrnimmt und das Credo der steuergünstigsten Gemeinde im Kanton Bern alle Tätigkeiten untergräbt. Wir sind weder mit der Steuersenkung noch mit dem Budget einverstanden. Wir sind aber bereit,

alternative Vorschläge, welche Klima, Mensch und Gesellschaft besser berücksichtigen, zu diskutieren und sprechen uns für das Vorlegen eines Varianten-vorschlages aus, wobei wir denjenigen mit dem aufgestockten Umwelt- und Klimabudget bevorzugen. Wir wünschen uns zudem, dass die Anregungen, die ich soeben formuliert habe, im Budget 2021 Platz finden.

Statt nur die steuerattraktivste Gemeinde zu sein – was sie ja bereits jetzt ist, das ist ja der Witz daran –, könnten wir ja probieren, die Attraktivität in anderen Bereichen ebenfalls zu steigern und dann würde sich das Zuziehen von jüngeren Bewohnerinnen und Bewohnern sicherlich auch von selber erledigen; jedenfalls, wenn sie einen super Spielplatz zur Verfügung hätten.

Urs Grütter (SVP): Ich möchte noch ein persönliches Votum abgeben – keine Fraktionserklärung –, denn zur Detailberatung habe ich definitiv nichts mehr beizutragen. Alle Parteien – mit Ausnahme der Grünen – sind sich einig, dass man eine Steuersenkung vornehmen sollte. Jetzt sollte man diese aber ein wenig im Verhältnis zu unseren Zahlen sehen. Auf Seite 2 der Botschaft ist zu lesen, dass der Finanzüberschuss resp. das Eigenkapital CHF 25,6 Mio. betragen. Dies ist bei einem Gesamtumsatz von weniger als CHF 75 Mio. mehr als 1/3. Ein derartiges Eigenkapital in Relation zum Umsatz ist schon fast unanständig hoch. Man geht auch davon aus, dass als Eckwert 3 Steueranlagezehntel Eigenkapital angepeilt werden sollten. Mit 7 liegen wir wesentlich darüber. Also muss sich jetzt die Frage stellen, wie wir die 4 Steueranlagezehntel – sprich CHF 14 Mio. – unseren Steuerpflichtigen zurückbezahlen. Wenn wir mit 1,14 und einem Defizit von CHF 600'000 fahren, geht es 20 Jahre, bis wir das Eigenkapital – den Teil, den wir nicht brauchen – unseren Bürgern zurückbezahlt haben. Mit 0,01 Steueranlagezehntel fechten zu wollen, ist "g'apothekerlet". Man könnte locker auf 1,1 zurückgehen und dann könnte man vielleicht damit rechnen, dass man in 3-4 Jahren das überschüssige Eigenkapital abgebaut und zurückbezahlt hätte, also ungefähr in der Zeit, in der wir es auch angehäuft haben. Dies wäre unseren Bürgern gegenüber auch fair und dies hätten wir eigentlich so versprochen. Nun ist man bei 1,14; dies ist ein Kompromiss, dem ich zustimmen werde, da ich in der FIKO mithelfen durfte, die Überlegungen dazu zu gestalten. Ich werde also zusammen mit meiner Fraktion die Anträge des Gemeinderats überzeugt und vollumfänglich unterstützen. Zu den Varianten komme ich noch, wenn wir die Varianten diskutieren.

Wenn wir nun über 1,14 oder 1,17 sprechen, ist zwischen diesen Anlagen eine Differenz im Steueraufkommen von ca. CHF 1 Mio., womit wir noch weit unter der Budgetgenauigkeit sind. Wenn wir unseren Stimmbürgern derartige Varianten vorlegen, machen wir uns aus meiner Sicht schlicht lächerlich. Wir können ja nicht behaupten, man könne so präzise budgetieren, dass es genau darauf ankommt, ob man nun 1,14 oder 1,17 oder 1,19 hat. Diese Differenz macht so wenig aus, dass es einfach schlichtweg sinnlos ist, so etwas zu präsentieren. Hinter der politischen Idee kann man je nach Parteibüchlein stehen, aber so etwas in Zahlen umzusetzen, da macht man sich einfach lächerlich. Da würde man besser sagen: "es stehen so und so viele Sachen an, wir bleiben bei 1,2 und lehnen 1,14 ab"; dies wäre konsequent, wäre verständlich und könnte man dem Stimmbürger auch besser präsentieren, als letztlich diese Zahlenarithmetik, die bei 0,01 liegt und damit ungefähr CHF 300'000 bis CHF 350'000 ausmacht. Und damit wollt Ihr vors Volk, wo Eure Kompetenz irgendwo bei CHF 2 oder 3 Mio. liegt; ich weiss es nicht einmal auswendig. Also bitte!

Patrick Rösli (forum): Gehe ich richtig in der Annahme, dass Du, Urs Grütter, dafür plädiert, die Steuersenkung zurückzunehmen, bei 1,2 zu bleiben und allenfalls nächstes Jahr über eine Steuersenkung zu debattieren?

Urs Grütter (SVP): Ich habe eingangs ganz klar gesagt, dass ich die Anträge des Gemeinderats vollumfänglich zusammen mit meiner Fraktion unterstütze. Ich habe probiert, ein wenig aufzuzeigen, was das "Schrüble" hier finanziell eigentlich bedeutet. Hier so zu schrauben, dass der Bürger letztlich, wenn er überhaupt bei den Varianten nachkommt, entscheiden muss, ob er im Jahr CHF 350'000 oder CHF 600'000 mehr Steuern einnehmen lassen will – bei einem Gesamtbudget von CHF 72 Mio. – finde ich leicht daneben.

Detailberatung Investitionsplan 2019 – 2024

Vorbericht S. 1 - 4

Keine Bemerkungen

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung, S. 8

(Die Zusammenzüge S. 5-7 werden übersprungen)

Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, S. 8

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung S. 8 - 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit S. 10

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit S. 11

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr S. 11 + 12

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung S. 13 + 14

Keine Bemerkungen

Kapitel 9 Finanzen und Steuern, S. 14

Keine Bemerkungen

Detailberatung Budget 2020

Rechnungslegungsgrundsätze, S. 1

Keine Bemerkungen

Erläuterungen, S. 1 - 4

Keine Bemerkungen

Ergebnisse, S. 5 - 8

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung, S. 9

Keine Bemerkungen

Investitionsrechnung, S. 10
Keine Bemerkungen

Eigenkapitalnachweis, S. 11 + 12
Keine Bemerkungen

Detailaufstellung nach Funktionaler Gliederung ER

Allgemeine Verwaltung, S. 14 - 16
Keine Bemerkungen

Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, S. 17 - 19
Keine Bemerkungen

Bildung, S. 20 - 24
Keine Bemerkungen

Kultur, Sport und Freizeit, S. 25 - 29
Keine Bemerkungen

Gesundheit, S. 30
Keine Bemerkungen

Soziale Sicherheit, S. 31 - 36
Keine Bemerkungen

Verkehr, S. 37 - 39
Keine Bemerkungen

Umweltschutz und Raumordnung, S. 40 - 42

Patrick Rösli (forum): Ich beantrage einen zusätzlichen Budgetposten unter der Rubrik "7790 Umweltschutz", und zwar "Klima & Biodiversitätsmassnahmen" mit einem Betrag von CHF 400'0000.

Urs Grütter (SVP): Ich beantrage die Abweisung dieses Antrags. Ich kann hier Einstein zitieren (vielleicht ist er nicht einmal der erste, der dies sagte): "Der Teufel ist die grandioseste Erfindung der Menschheit. Es lässt sich sehr viel Geld damit verdienen, dass man ihn an die Wand malt". Hier wird mit der Klimadebatte – die ich jetzt nicht führen will – doch stark der Teufel an die Wand gemalt. Man will CHF 400'000 locker machen, womit externe Experten finanziert werden sollen, die sich für den Auftrag bedanken werden. Einstein hat dies richtig gesagt; ich bin gegen solche Manöver.

Daniel Arn (FDP): Ich unterstütze Urs Grütter, und zwar nicht, weil wir gegen diese Massnahmen sind, aber ich finde es auch gegenüber dem Steuerzahler verantwortungslos, CHF 400'000 für externe Kosten einfach einmal ins Budget einzugeben, ohne den Auftrag genau zu kennen. Dies finde ich wirklich schwierig und verantwortungslos. Die Möglichkeit würde konkret beispielsweise mit einer Motion o.ä. bestehen, wo genau umschrieben werden könnte, was zu machen ist. Aber dies als Schnellschuss ins Budget aufzunehmen – ein taktisches Instrument in Bezug auf die Steuersenkung – finde ich nicht richtig gegenüber den Stimmbürgern.

Jennifer Herren (SVP): Ich möchte nicht darauf eingehen, um was es hier geht, sei es nun Umweltschutz oder Sicherheit oder was auch immer. Ich finde es einfach nicht sinnvoll, derartige Diskussionen im Rahmen des Budgetprozesses zu führen. Wenn dies alle machen und sagen würden "ich hätte noch gerne CHF 50'000 mehr für die

Hundetoiletten" und ein anderer hätte vielleicht gerne CHF 200'000 mehr für die Sicherheit, dann wird die Budgetdiskussion zum Desaster. Ich finde es auch etwas eine Zumutung gegenüber denjenigen, die das Budget sorgfältig ausgearbeitet haben. Wenn man dazurechnet und abzählt, so muss schlussendlich noch jemand die Übersicht behalten, was dann irgendwann schwierig wird. Ich würde es wirklich auch – wie schon Daniel Arn gesagt hat – bevorzugen, wenn solche Manöver über die üblichen politischen Vorstösse gemacht würden. Dann hat man auch die Verwaltung im Hintergrund, die solche Massnahmen prüfen und schauen kann, ob sie Sinn machen, in welchem Rahmen sie Sinn machen etc. Aber einfach einmal zusätzlich zu den bis jetzt eingestellten CHF 190'000 noch CHF 400'000 einzustellen, wenn man noch gar nicht weiss, für was – im 2020 ein bisschen für das, im 2021 ein bisschen für das –, ist meiner Meinung nach unverantwortlich.

Patrick Rösli (forum): Vielen Dank für die Voten und das konstruktive Denken über unseren Vorschlag. Betreffend Budgetantrag quasi ad hoc könnten wir auch fragen, weshalb die FDP betreffend Steuersenkung einfach so, ohne vorher darüber gesprochen zu haben, mit einem Artikel in den Lokalnachrichten kommt. Dies wäre das Gegenargument für das; aber auf das will ich eigentlich gar nicht hinaus. Wir wollen auch Geld an die Bevölkerung zurückgeben. Nicht nur an diejenigen, die hohe Steuern bezahlen müssen, sondern an die ganze Bevölkerung. Ein Teil davon in Form einer Steuersenkung – wie im Antrag enthalten – und ein Teil davon in Form von Ausgaben, die uns helfen, zukunftsfähig zu werden. Ich zeige hier kurz ein Buch, auf dem es heisst: "2291, 70 Persönlichkeiten beschreiben die Schweiz an ihrem 1000. Geburtstag – ein Zukunftsdialog". In 1000 Jahren, also ab 1291 1000 Jahre später, werden wir 2291 haben. Ihr werdet es nicht erleben, ich werde es auch nicht erleben. Aber wichtig zu sehen ist, dass das, was wir nun zurückgeben, nicht nur Steuersubstrat kurzfristig ist, sondern dass wir uns auch langfristig Gedanken darüber machen müssen, wie die Schweiz in 1000 Jahren bzw. 2291 aussehen wird. Wer hat sich hier geäussert? Ich möchte Namen von Personen vorlesen, die sich zu diesem Zukunftsdialog geäussert haben. Von diesen 70 Personen waren dies u.a.

- Nicole Loeb
- Carolina Müller-Möhl
- Hans-Ulrich Müller
- Franz Steinegger
- Rudolf Strahm
- Andreas Thiel
- Jobst Wagner, Präsident der Stiftung Kunsthalle Bern und u.a. Miteigentümer der Rehaus

Die sind nicht irgendwelche Leute, sondern Persönlichkeiten, die zum Teil eng mit unserer Gemeinde verknüpft sind. Sie haben sich bereit erklärt, einen Aufsatz darüber zu schreiben, wie unsere Welt 2291 aussehen wird. Wer will, kann zu mir kommen und ich schenke ihm ein solches Buch. Konkret zu unserem Antrag: Kurzfristiges Denken und Steuersubstrat zurückgeben ist in Ordnung, aber es darf auch ein bisschen längerfristiges Denken dabei sein.

Daniel Arn (FDP): Patrick Rösli hat von Geld an den Stimmbürger zurückgeben gesprochen, nicht in Form von Leistung, sondern Geld zurückgeben. Man muss ehrlicherweise sagen, dass die Variante 1,19 eine rein taktische ist. Damit ist nicht primär die Absicht verbunden, Geld zurückzugeben, sondern es ist rein taktisch, dass es eine Variantenabstimmung gibt. Mit Eurem Vorschlag wollt Ihr nicht primär Geld an unsere Mitbewohner zurückgeben; dies nur, um korrekt zu bleiben.

Patrick Rösli (forum): Wo wäre aus Deiner Optik, Daniel Arn, der optimale Steuersatz, mit diesen CHF 400'000? Wo siehst Du diesen ungefähr als Variantenabstimmung?

Daniel Arn (FDP): Mir geht es hier im Moment gar nicht darum, welches der optimale Steueransatz wäre. Sondern wir haben ein vorliegendes Budget und es geht mir rein darum, dass wenn man ein Instrument braucht, man sich auch Gedanken machen kann. Und nicht – ich wiederhole dies hier – mit einem Schnellschuss CHF 400'000 für externe Kosten einsetzt, damit dies einfach einmal platziert ist. Dies ist wie in meiner eigenen Firma: Man hat eine Investition, weiss für was, hat sich das überlegt und hat das durchdiskutiert; weiss, was man will. Aber einfach sagen, wir haben genug Geld, geben einfach einmal Geld aus, weil wir genug haben, das finde ich nicht richtig.

Jennifer Herren (SVP): Noch kurz zum Thema Geld zurückgeben: Dies ist nicht korrekt. Geld zurückgeben würde heissen, dass man an all diejenigen, die Steuern bezahlt haben, eine Zahlung machen würde. Jetzt bedeutet dies einfach, wir würden im nächsten Jahr weniger Geld einnehmen. Alle, die in der Zwischenzeit weggezogen oder verstorben oder was auch immer sind, erhalten keinen Rappen. Deshalb ist es nicht korrekt, von Geld zurückgeben zu sprechen.

Beat Schneider (SP): Es ist nun einige Male bemängelt worden, es würden taktische Vorgaben gemacht. Wir werden eigentlich von Gesetzes wegen dazu gezwungen. Wir möchten den Stimmbürger darüber entscheiden lassen, ob wir in diesen vielleicht nicht ganz sicheren Zeiten die Steuern senken oder sie so behalten wollen, wie sie sind. Diese Variante ist von Gesetzes wegen nicht möglich, also müssen wir zwei Varianten einander gegenüberstellen, damit der Stimmbürger sagen kann, ich hätte nun lieber etwas mehr in dieser Richtung oder in dieser Richtung. Wenn wir dies nicht machen, besteht die Gefahr, dass das Budget abgelehnt wird. Dies wäre die einzige Variante für den Stimmbürger und damit schiessen wir uns vielleicht direkt selber ins Bein.

Bernhard Häuselmann (forum): Nur kurz zu den externen Kosten: Unternehmerische Entscheide mit einer grösseren längerfristigen Tragweite – ob nun gerade bis 2291, ich würde sie lieber schon zu meinen Lebzeiten sehen – bedingen nun einmal Vorstudien. Wir Milizparlamentarier – und auch Profis – wären etwas anmassend, wenn wir meinten, wir wüssten gerade so per se einfach selber Bescheid, wie man Solarenergieverbund macht, wie man Wasserstoffmobilität fördert. Auch Du, Daniel Arn, wirst in Deinem Unternehmen externe Berater ab und zu beiziehen. Deshalb noch einmal: Dies ist für das Jahr 2020, damit wir wissen, was wir im Jahr 2021 wirklich in der Gemeinde für die Gemeinde machen wollen.

Emanuel Zloczower (FDP): Nur kurz zu den Ausführungen von Beat Schneider: Gegen die Variantenabstimmung haben wir grundsätzlich nichts. Es geht uns hier wirklich um die CHF 400'000, die man uns einfach präsentiert. Wir wüssten nicht, wofür wir zusagen und dies erachten wir nicht als seriös. Deshalb wehren wir uns dagegen und werden diesem Antrag nicht zustimmen.

Thomas Hanke (GR): Den Anliegen Klima und Biodiversität verschliesst sich der Gemeinderat in keiner Art und Weise. Es haben Aussagen im Raum gestanden, es werde so gar nichts unternommen. Ich habe deshalb schnell nachgeschaut und kann sagen, dass wir uns in den 2 letzten Jahren unter dem Thema Biodiversität und Klima mit konkreten Projekten im Rahmen von CHF 176'000 pro Jahr engagiert haben und der Werkhof weist in diesen Bereichen 1,5 FTE aus, worin die Arbeit von Gabrielle Siegrist und Thomas Marti nicht enthalten ist. Zum Budgetantrag selber: Es ist schon gesagt worden, wir sind in der Startphase zur Definition von derartigen Anliegen. Wir müssen hier auch berücksichtigen, dass im Budget 2020 neben solchen Massnahmen wie in den letzten Jahren auch Positionen sind, über welche Konzept- und Machbarkeitsstudien finanziert werden; externe Beratungen haben wir in allen Positionen. Es sind übrigens schon eingespist die Überarbeitung des

Landschaftsrichtplans und der Relaunch des Energiestadt-Labels; wir machen also etwas. Bei allem Verständnis für die beantragte Signalwirkung muss der Gemeinderat aber auch den Grundsatz der Budgetwahrheit im Auge behalten. Und eine noch nicht im Ansatz definierte Ausgabe – nebst den so oder so finanzierbaren Konzept- und Studienarbeiten – widerspricht den vom Gemeinderat gegenüber allen Budgetverantwortlichen geforderten Budgetgrundsätzen. Daher macht der Gemeinderat beliebt, von einer Anpassung dieser Budgetposition abzusehen.

Abstimmung über den Antrag forum:

*Das Budget ist im Hinblick auf Variante B oben mit einem zusätzlichen Budgetposten in der Rubrik "7790 Umweltschutz" wie folgt zu ergänzen:
Klima & Biodiversitätsmassnahmen CHF 400'000*

Beschluss

Der Antrag forum wird mit 16 Ja / 20 Nein /1 Enthaltung abgelehnt.

Volkswirtschaft, S. 43

Keine Bemerkungen

Finanzen und Steuern, S. 44 - 46

Keine Bemerkungen

Sachgruppengliederung ER

Aufwand, S. 47 - 50

Keine Bemerkungen

Ertrag, S. 51 - 53

Keine Bemerkungen

Abschluss, S. 54

Keine Bemerkungen

Funktionale Gliederung IR HRM 2, S. 55 - 59

Keine Bemerkungen

Budget Feuerwehr Allmendingen - Muri-Gümligen 2020, S. 60

Keine Bemerkungen

Genehmigung der Besoldungsanpassungen 2020

Keine Wortmeldungen.

Detailberatung Finanzplan 2019 - 2024

Vorbericht, S. 1 - 8

Keine Bemerkungen

Wichtigste Ergebnisse S. 9

Keine Bemerkungen

Zusammenzug der Erfolgsrechnung nach Funktionen, S. 10

Keine Bemerkungen

Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 11

Keine Bemerkungen

Planbilanz, S. 12

Keine Bemerkungen

Überweisung und Abschreibung der Motion FDP. Die Liberalen betreffend eine massvolle Steuersenkung

Das Wort wird von Matthias Gubler oder Emanuel Zloczower als Erstunterzeichnende nicht verlangt.

Anne-Claude Slongo (forum): Das war eine ganz technische Diskussion und auf Schweizerdeutsch sehr schwierig für mich. Ich erlaube mir eine kurze politische Position und hoffe, dass dies der richtige Zeitpunkt ist.

Auf eine Steuersenkung könnte ich mich freuen: ein bisschen mehr Taschengeld für ein Paar Schuhe, ein Stück Schmuck, sogar vielleicht ein neues Kunstwerk. Die Lebensqualität, über die wir in der reichsten Gemeinde des Kantons verfügen, ist unschlagbar hoch. Wir wohnen in der Natur, neben der Hauptstadt. Die Reichsten von uns können sogar quasi aus diesem Ort nach Paris, Berlin oder Ibiza fliegen. Diese Qualität hat einen Preis. Wir werden nie zu viel investieren, um sie zu behalten. Wir wissen auch, dass es in dem aktuellen Kontext eine grosse Herausforderung sein wird. Das ist die grüne positive Seite meiner Position. Auf der anderen steht die rote Seite: Wir wissen es auch; es gibt keine mögliche Ökologie ohne Sozialgerechtigkeit. Der Aufstand der Gilet Jaunes in Frankreich oder der aktuelle Volksaufstand in Ecuador zeigen es uns heute. Wir sind weder in Frankreich noch in Ecuador, sondern in Muri. Auch hier stehen wir vor Herausforderungen im sozialen und kulturellen Bereich. Die Familienpolitik zum Beispiel ist nach wie vor „un enfant pauvre“ unserer Gemeindepolitik. Vor ca. 7 Jahren wurde zum Beispiel aus finanzielle Gründen auf ein qualitätsvolles Projekt verzichtet, die Aufgabenhilfe. Auch wenn ich es noch nicht total verdaut habe, ist das Projekt leider Vergangenheit. Heute verfügen ärmere Familien bei uns – sowie die des Mittelstandes – über keine befriedigende Ferienbetreuungslösung. Und ich spreche nicht von den Spielgruppen, deren Beiträge ab und zu von der Kirchgemeinde übernommen werden müssen, falls die Familiensituation bei der Kirche überhaupt bekannt ist, da es auch Familien gibt, die es nicht wagen, sich bei der Kirche zu melden. Bald werden wir über eine stärkere finanzielle Unterstützung des MüZe entscheiden müssen. Für all diese Gebiete und weitere brauchen wir in der Zukunft mehr Geld und Projekte.

Und zum Schluss, die “blaue“ Seite: die Eigenverantwortung. Wir vom forum sind liberal. Liberal sein bedeutet vor allem, Eigenverantwortung wahrzunehmen. Wir wissen es alle: „je reicher wir sind, desto höher ist unser CO2-Abdruck“. Als reichste Gemeinde des Kantons ist unsere Verantwortung höher als nirgendwo in diesem Kanton. Wir müssen uns noch viel mehr für das Klima, die Familienpolitik und die Kultur engagieren, als schwächere oder ärmere Gemeinden. Wir sollten ein Beispiel sein. Aus allen diesen Gründen müssen wir unseren Steuersatz behalten, so wie er ist. Das Geld, das wir im Moment im Überschuss haben, müssen wir in unsere Zukunft investieren.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir nun eine viertelstündige Pause einlegen, um das Abstimmungsprozedere zu bereinigen und dieses anschliessend

bekanntgeben zu können. Damit die Fraktionen ihr Abstimmungsverhalten bereinigen können, werden wir anschliessend falls nötig nochmals eine Pause einlegen.

Excusé, Reto Lauper wollte sich ja noch zu den Varianten äussern.

Reto Lauper (SVP): Es ist natürlich schwierig, jetzt noch etwas zu sagen. Über Sinn und Unsinn der verschiedenen Varianten haben wir gesprochen, dies lasse ich alles beiseite und werde meine Blätter weglegen; ich sage nur noch die letzten 5 Zeilen. Wir haben mit Reto Rutschi und seinem Team äusserst fachkompetente Leute in der Finanzverwaltung, die losgelöst von jeglichen Parteibüchern darlegen können, dass der Steuersatz 1,14 in allen Belangen angebracht ist. Genau dafür haben wir so gute Leute in der Verwaltung und es ist auch durchaus erlaubt, auf sie zu hören und ihnen Vertrauen entgegenzubringen. Wir bleiben bei unserem Standpunkt, ich bin gespannt, was die Pause ergibt.

Raphael Racine (SP): Reto Lauper, Du hast ja die Unterlagen der Präsentation auch erhalten und ich möchte nur darauf hinweisen, dass Reto Rutschi durchaus auch Kontraargumente vorgebracht hat. Selbstfinanzierung, Entwicklung der Schulden, unklare Auswirkungen des STAF. Ich kann jetzt nicht für Herrn Rutschi sprechen, aber ich glaube, die völlige Euphorie über die Steuersenkung hatte er auch nicht.

Reto Lauper (SVP): Anlässlich der Informationsveranstaltung, an der ich ebenfalls teilgenommen habe, haben die Pro's deutlich überwogen; die Kontra's sind dann etwas mitgeschwungen worden. Es ist auch sehr spannend belegt worden, wie schlimm oder eben nicht so schlimm der tiefe Selbstfinanzierungsgrad ist. Dies haben wir anlässlich der Informationsveranstaltung mitbekommen.

Urs Grütter (SVP): Die Varianten sind, wie ich vorher angetönt habe, nicht substanzielle Varianten. Wir machen uns lächerlich, wenn wir solche Varianten dem Stimmbürger vorlegen. Wir haben mit CHF 25,6 Mio. CHF 14 Mio. zu viel Geld in der Kasse, zu viel in dem Sinn, dass wir in den letzten Jahren, seit der letzten Steuererhöhung, mehr Steuern eingenommen haben, als wir brauchen. Etwas, was sich mit unserem Grundsatz, nur so viel Steuern zu erheben, wie wir brauchen, nicht verträgt. Es ist in diesem Sinn höchste Zeit, Budgets mit einem geplanten Defizit zu verabschieden, damit der Eigenkapitalüberschuss wieder abgebaut wird. Wenn man diesen Grundsatz wirklich konsequent verfolgen würde, müsste man auf 1,1 oder 1,0 hinuntergehen. Dann würden wir mit dem sich daraus ergebenden Defizit in einigen Jahren den Überschuss insofern abbauen, als man den Bürgern etwas zu wenig Steuern verlangen würde, um die Leistungen aufrecht zu erhalten. Dies wäre eigentlich konsequent. Jetzt kommt der Gemeinderat mit einem angesichts der Kräfteverhältnisse doch recht ausgewogenen Kompromiss von 1,14 daher und da bin ich nicht bereit, noch irgendwelche Varianten vorzulegen. Denn die Differenz der Varianten zu 1,14 ist derart minim, dass sie wie gesagt unter der Budgetgenauigkeit bleibt und damit ist es Augenwischerei, wenn wir unseren Stimmbürgern so etwas vorlegen. Eine Variante zum Beispiel von 0,9 für 1 Jahr und danach zurück auf 1,1 oder 1,2 wäre eine substanzielle Variante. Der Gemeinderat hat aber beschlossen, dies nicht so zu präsentieren und ich stelle hier auch keinen derartigen Antrag. Dies wäre aber eine substanzielle Variante, bei der die finanziellen Folgen auch im einstelligen Millionenbereich liegen würden, so dass es zu verantworten wäre, dies den Stimmbürgern als Variante vorzulegen. Die hier vorliegende Variante ist einfach Hokuspokus und "g'apothekerlet", da kann ich nicht dahinterstehen.

Eva Schmid (SP): Nur kurz, lieber Urs Grütter: Genau dem Grundsatz, soviel Steuern zu erheben, wie wir brauchen, würden wir mit dem SP-Antrag Rechnung tragen. Alles andere – wie z.B. zu sagen, wir würden auch in den nächsten Jahren ohnehin mehr einnehmen – ist Kaffeesatzlesen. Es weiss niemand in diesem Saal, wie sich die

Zinsen und die Konjunkturlage entwickeln werden, die Banken rechnen bei Hypotheken ohnehin fiktiv mit 5 %. Ich denke, auch wir könnten etwas nachhaltig, etwas vorsichtig sein.

Joe Brunner (SP): Wir sprechen hier von der Erfolgsrechnung; dies ist auch richtig. Ich möchte einfach noch zu bedenken geben, dass wir in den nächsten 5 Jahren Investitionen haben, die Schulden von CHF 40 Mio. verursachen. Darüber wird nun nicht gesprochen, sollte bei der Variantendiskussion aber auch mitüberlegt werden.

Thomas Hanke (GR): Ich probiere, mich vor der Pause ähnlich kurz zu halten wie Reto Lauper.

- Zur Forderung nach einer Variantenvorlage: Unsere Gemeindeordnung räumt dem Parlament das Recht ein, einem Hauptantrag – hier ist dies der Steuersenkungsantrag des Gemeinderats – einen Variantenvorschlag gegenüberzustellen. Ob und wie der GGR von diesem Recht Gebrauch machen will, ist seine Entscheidung; da hält sich der Gemeinderat geflissentlich zurück.
- Zu den beantragten anderen Steueranlagen von 1,19 und 1,17: Meine Ausführungen zum Gemeinderatsantrag haben gezeigt, dass im Rahmen des Finanzplanungshorizontes in Kenntnis der heutigen Rahmenbedingungen eine Steueranlage von 1,14 "verhägt", um die finanzpolitischen Ziele – festgehalten in den Legislaturzielen 2017-2020 – einzuhalten. Wir werden Ende nächsten Jahres weit mehr als ein Eigenkapital von 3 Steuerzehnteln haben, mit der Senkung haben wir keine Steuern auf Vorrat eingenommen und die Fremdfinanzierung gemäss Finanzplan ist bei knapp CHF 40 Mio. Die Umsetzung dieser Legislaturziele machen wir beliebt. Mit andern Worten: Wir brauchen nächstes Jahr nicht mehr Steuern, als wir mit der Anlage von 1,14 erhalten werden.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir nun die viertelstündige Pause machen, das Abstimmungsprozedere anschauen und ich werde danach bekanntgeben, wie wir genau verfahren.

Es wird eine Pause von 1/4 Stunde eingelegt.

Der Vorsitzende: Das geplante Abstimmungsprozedere wird wie folgt aussehen: Zuerst werden wir die beiden Varianten einander gegenüberstellen und danach entscheiden, ob die Variante, welche mehr Stimmen erhalten hat, in Punkt B) Budget einbezogen werden soll. Anschliessend werden wir wie gehabt weitergehen mit Genehmigung Investitionsplan, Budget 2020 / Steueranlagen – mit oder ohne Variante – Besoldungsanpassungen, Finanzplan und Überweisung und Abschreibung der Motion FDP.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Der Vorsitzende: Falls sich jemand unbedingt noch besprechen muss vor der Abstimmung, würde die Möglichkeit bestehen, nochmals eine kurze Pause einzulegen. Wird dies gewünscht?

Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Gegenüberstellung der beiden Variantenanträge

- des forums mit einem Steueransatz von 1,19 und einem Ertragsüberschuss von CHF 867'700 und
- der SP mit einem Steueransatz von 1,17 und einem Ertragsüberschuss von CHF 197'700

Beschluss

- Antrag forum 11 Stimmen
- Antrag SP 26 Stimmen
- Enthaltungen 0

Der Vorsitzende: Damit hat der Antrag der SP obsiegt und wir schreiten weiter zur Abstimmung, ob wir unter B) dem Antrag des Gemeinderats diese Variante gegenüberstellen wollen.

Beat Schneider (SP): Uns wäre es wie gesagt wichtig, dass man dem Stimmbürger die Option zur Verfügung stellt, dass er auswählen kann und sein Votum darüber abgeben kann, was er möchte.

Urs Grütter (SVP): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Wir diskutieren nicht mehr über das Geschäft, wir stimmen ab.

Beschluss

Der Ordnungsantrag von Urs Grütter wird grossmehrheitlich angenommen.

Der Vorsitzende: Somit kommen wir nun zur Abstimmung darüber, ob wir den Antrag der SP (Steuerfuss von 1,17) dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmberechtigten gegenüberstellen wollen.

Beschluss

- Antrag SP, mit Variantenvorschlag 16 Stimmen
- Antrag Gemeinderat, ohne Variantenvorschlag 21 Stimmen
- Enthaltungen 0

Der Vorsitzende: Damit hat der Antrag des Gemeinderats obsiegt und es kommt nur dieser zur Abstimmung.

Das Schlusswort wird weder von Christian Spycher noch von Thomas Hanke verlangt.

Der Vorsitzende: Gemäss Art. 37 der Gemeindeordnung bedürfen die Beschlüsse der Zustimmung der Mehrheit aller Ratsmitglieder, also 21.

Da der Beschluss B) der Volksabstimmung unterliegt, stelle ich die Anwesenheit von 37 Ratsmitgliedern fest.

Beschluss

- A) Der Investitionsplan 2019 – 2024 wird genehmigt (einstimmig).
- B) Budget 2020 / Steueranlagen
Zuhanden der Volksabstimmung vom 8. Dezember 2019 (21 Ja / 16 Nein / 0 Enthaltungen)
 1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2020:
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte;

2. Genehmigung der Feuerwehrpflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100.00, maximal CHF 450.00;
3. Das Budget 2020 wird genehmigt bestehend aus:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF	72'006'200
Ertrag Gesamthaushalt	CHF	71'148'900
Aufwandüberschuss	CHF	- 857'300
davon Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF	70'179'400
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF	69'562'900
Aufwandüberschuss	CHF	- 616'500
Aufwand Abfall	CHF	1'826'800
Ertrag Abfall	CHF	1'586'000
Aufwandüberschuss Abfall	CHF	- 240'800

- C) Besoldungsanpassungen 2020
Für generelle und individuelle Besoldungsanpassungen werden im Budget 2020 insgesamt maximal 1,0 % zur Verfügung gestellt (einstimmig).
- D) Vom Finanzplan 2019 - 2024 wird Kenntnis genommen.
- E) Die Motion der FDP.Die Liberalen betreffend eine massvolle Steuersenkung wird überwiesen und als erfüllt abgeschrieben (26 Ja / 3 Nein / 8 Enthaltungen).

3. Elfenaustrasse, Sanierung (zwischen Belpstrasse und Mettlengässli); Abrechnung Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende: Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung des Kredits „Sanierung Elfenaustrasse“ wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit (Kto. 6150.5010.34) von CHF 520'000.00 mit CHF 393'816.20 ab (Kreditunterschreitung von CHF 126'183.80).

4. Seidenberggässchen, Sanierung (zwischen RBS-Bahnübergang und Füllerichstrasse); Abrechnung Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende: Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung des Kredits "Sanierung Seidenberggässchen" wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit (6150.5010.32) von CHF 400'000.00 mit CHF 361'829.35 ab (Kreditunterschreitung von CHF 38'170.65).

5. Rahmenkredit Strassen für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahr 2017/2018; Abrechnung

Der Vorsitzende: Die GPK hat keinen Sprecher nominiert.

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über den Rahmenkredit (6150.5010.35) für den baulichen Unterhalt der Gemeindestrassen im Jahr 2017/2018 wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Rahmenkredit von CHF 500'000.00 mit CHF 380'881.16 ab (Kreditunterschreitung von CHF 119'118.84)

6. Interpellation FDP-Fraktion betr. Qualität des Trinkwassers in der Gemeinde Muri bei Bern

Markus Bärtschi verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Der Vorsitzende: Da der Interpellant heute nicht anwesend ist, kommen wir direkt zur Frage, ob aus der Mitte des Rats die Diskussion gewünscht wird.

Die Diskussion wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

7. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Thomas Hanke: Ich möchte auf den nächsten Informationsanlass aufmerksam machen, der am Montag, 4. November 2019, 17.30 Uhr, im Gemeindehaus stattfindet. Dabei geht es um:

- Reglement über familienergänzende Kinderbetreuung. Vielen Dank für die Eingaben. Wir werden diese verarbeiten und hoffen, dass wir sie bis zum GGR-Aktenversand von nächster Woche schon berücksichtigen können.
- MüZe; Leistungsvereinbarung
- Genossenschaft Bärtschihus; Leistungsvertrag
- Bildungsstrategie

Zu diesen vier Themen werden wir den Infoanlass machen. Zum vorzeitigen Heimfall des Baurechts Turbenweg 10 können aber ebenfalls Fragen gestellt werden.

8. Neue parlamentarische Vorstösse

Motion Klopstein (Grüne) betreffend "Fossilfreier und energieeffizienter Betrieb Gemeindeinfrastruktur"

Der Gemeinderat wird beauftragt, die gemeindeeigenen Betriebe auf ein Minimum des notwendigen CO₂-Ausstosses zu reduzieren und per sofort auf den Einsatz fossiler Energieträger zu verzichten. Um diese Ziele zu erreichen, wird insbesondere auf folgende Optionen geachtet:

- fossilfreier Betrieb + effizientere Nutzung Restwärme
- Eigene Stromproduktion durch PV, maximaler Eigenverbrauch
- Smarte Regulierungssysteme
- Neubauten PlusEnergieBauten PEB realisieren, bei Sanierungen Minergie-P-Standard

Die erwähnten Massnahmen sollen vor jeder kommenden Renovation detailliert geprüft werden. Dabei muss bei Verzicht mit einem Bericht dargelegt werden, aus welchen Gründen davon abgesehen wird. Die hier geforderten Massnahmen werden bei der nächsten Überarbeitung in das Immobilienleitbild der Gemeinde aufgenommen.

Begründung:

Die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung liegt auf der Hand. Damit das im Pariser Klimaabkommen abgemachte 1,5 bis 2-Grad-Ziel eingehalten werden kann, braucht es eine rasche Modernisierung des Schweizer Gebäudeparks, denn dieser ist zur Zeit mit rund 80% Leistungsverlusten extrem ineffizient. Das führt dazu, dass das Heizen für 30% des gesamtschweizerischen Energieverbrauchs verantwortlich ist. Würde der Gebäudepark schweizweit nach Minergiestandard saniert, könnte rund 50% der Emissionen in diesem Bereich und damit 15% des Schweizer Gesamtenergieverbrauches reduziert werden. Zudem wird in diesem Bereich fast 50% des fossilen Energieverbrauches generiert. Es gibt inzwischen eine Vielzahl an fossilfreien Alternativen, welche nicht nur einen effizienteren Einsatz von Energie ermöglichen, sondern sich aufgrund der eingesparten Kosten rasch finanziell rechnen. Dazu wird die Wertschöpfung im Inland gesteigert, die Energieabhängigkeit vom Ausland gesenkt und die Gemeinde kann ihrer Vorbildfunktion und dem Energiestadtlabel gerecht werden. Die Gemeinde wird in den kommenden Jahren gem. Investitionsplan die Renovation vieler gemeindeeigenen Liegenschaften prüfen und umsetzen. Dabei muss darauf geachtet werden, diese maximal CO₂-frei betrieben werden. Dazu gehört auch die eigene Produktion von Solarstrom sowie der Einsatz von smarten Regulierungssystemen. Mit solchen Massnahmen kann nicht nur der Energieaufwand für das Heizen reduziert, sondern generell der Stromverbrauch in den Liegenschaften minimiert werden. Eine solche Reduktion hätte einerseits zur Folge, dass die Liegenschaften deutlich geringere Energie- und Heizkosten aufweisen und andererseits eine Wertsteigerung der Objekte herbeiführt wird. Die Mehrkosten, welche am Anfang anfallen, sollten in Anbetracht der in den vergangenen Jahren erwirtschafteten Überschüsse bei den Gemeindefinanzen absolut tragbar sein und lassen sich in der Regel rasch amortisieren. Des Weiteren lassen sich diese Massnahmen in die Ziele des Gemeinderates integrieren, den Zielerfüllungsgrades des Energiestadtlabels auf mindestens 60% zu steigern.

Muri bei Bern, 22.10.2019

C. Klopstein

A. Kohler, C. Klopstein, L. Hennache, W. Thut, R. Racine, P. Messerli, I. Schnyder, J. Brunner, G. Brenni, K. Jordi, P. Rösli, H. Beck, L. Lehni, E. Schmid, B. Schneider, J. Aebersold, B. Häuselmann, R. Lütolf (19)

Postulat Schmid / Kohler (SP) für einen besseren Baumschutz in der Gemeinde

Der Gemeinderat wird eingeladen, eine Regelung analog des Baumschutzreglementes der Stadt Bern (BSchR; SSSB 733.1) zu prüfen.

Begründung:

Der Baumschutz unserer Gemeinde beschränkt sich auf eine Liste geschützter Objekte; das Fällen solcher Bäume bedarf einer Bewilligung. Darüber hinaus ist für das Fällen von nicht geschützten Bäumen in der Regel keine Bewilligung erforderlich, ungeachtet des Stammumfangs.

In der Stadt Bern gelten hier strengere Schutzregeln, die sich je nach Baumschutzzone A und B, Überbauungsordnungen oder Wald unterscheiden. So sind in der Stadt Bern alle Bäume im Aareschutzgebiet und in der Innenstadt ab 30 Zentimeter Stammumfang geschützt (Schutzzone A) und das Fällen daher bewilligungspflichtig. Im übrigen Gemeindegebiet sind Bäume mit einem Stammumfang ab 80 Zentimeter geschützt (Schutzzone B).

Ein besserer Baumschutz, auch in unserer Gemeinde, wäre nicht nur generell ökologisch sinnvoll, sondern insbesondere auch der Biodiversität zuträglich.

Muri bei Bern, 11.09.2019

E. Schmid, A. Kohler

M. Reimers, R. Racine, B. Schneider, J. Brunner, B. Schneider, I. Schnyder, P. Rösli, G. Brenni, L. Lehni, C. Klopstein, H. Beck, W. Thut, B. Häuselmann, K. Jordi, L. Hennache (17)

Mitteilungen

Der Vorsitzende: Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass am 10. Dezember 2019 eine zusätzliche GGR-Sitzung durchgeführt wird. Die November-Sitzung wird ebenfalls stattfinden. Am 10. Dezember 2019 besteht die Möglichkeit, dass die Sitzung wegen Renovationen nicht hier in der Aula Moos abgehalten werden kann. Dies werden wir noch abklären und mitteilen.

Reto Lauper und Urs Grütter informieren ausführlich über die lokale Herkunft des von der SVP zur Verfügung gestellten Umtrunks.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Andreas Kohler

Anni Koch